

Hans G. Nutzinger/Angelika Zahrnt
Nicht der Markt allein.
Über die Notwendigkeit einer
ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

1. Einleitung*

Der Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme in den kommunistischen Ländern Osteuropas bietet zugleich eine Chance und eine Gefahr: Die Chance besteht darin, daß sich der Übergang zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft nunmehr in allen Industrieländern und langfristig auch in den Ländern der dritten Welt vollziehen kann. Andererseits sehen wir eine Gefahr darin, daß über den gravierenden Mängeln der planwirtschaftlichen Systeme – auch hinsichtlich der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen – die weiterhin bestehenden sozialen und ökologischen Defizite einer marktwirtschaftlichen Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft übersehen werden. Gewiß, seit der Mitte des letzten Jahrhunderts hat sich in den Industrieländern einiges getan, allerdings mehr in sozialer als in ökologischer Hinsicht. In Deutschland und anderen europäischen Ländern haben schon seit Ende des 19. Jahrhunderts die sozialen Probleme und die politische und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu verschiedenen gesetzgeberischen und sozialstaatlichen Korrekturen geführt, und in der Bundesrepublik Deutschland ist der demokratische und soziale Rechtsstaat in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft mehr oder weniger verwirklicht. Das von Ludwig Erhards Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Alfred Müller-Armack, vertretene

* Der vorliegende Text basiert auf der Broschüre des BUND »Plädoyer für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft«, BUNDposition 14, die beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3, zu erhalten ist.

Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist heute wenigstens im Prinzip in der Bundesrepublik Deutschland weithin anerkannt.

Trotz eines Meinungswandels in der Öffentlichkeit in den letzten zwanzig Jahren ist es bisher jedoch noch nicht zu einer grundlegenden, auch konzeptionellen Berücksichtigung der ökologischen Defizite gekommen. Selbstverständlich gibt es Versuche, durch juristische und verwaltungstechnische Maßnahmen die unübersehbaren Umweltprobleme »in den Griff zu bekommen«, doch diese Bestrebungen erweisen sich immer mehr als unzureichend. Die Erkenntnis, daß nicht allein neue Grenzwerte und Verwaltungsvorschriften die erforderliche ökologische Kurskorrektur bewirken werden, beginnt sich allmählich durchzusetzen. Damit wächst die Einsicht, daß die marktwirtschaftliche Ordnung selbst um die ökologische Dimension erweitert werden muß. Wenn heute in den Reden von Politikern aller Parteien die Forderung nach einer ökologisch-sozialen oder einer öko-sozialen Marktwirtschaft auftaucht, so ist dies auch Ausdruck eines geänderten Meinungsklimas. Allerdings bleibt oftmals sehr im dunkeln, wie eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft jenseits der Sonntagsreden denn konkret aussehen soll.

2. Grundprinzipien einer Marktwirtschaft, ihre Vorteile und ihre Defizite

Die folgende ökologisch ausgerichtete Kritik an der Marktwirtschaft soll die Funktionsweise aber auch die Konstruktionsmängel dieser Ordnung aufzeigen und damit der heute gängigen, aber vereinfachenden und deswegen unzulänglichen Empfehlung »Mehr Markt« eine differenzierte Antwort gegenüberstellen. Gleichzeitig sollen die aus ökologischer Sicht positiven Charakteristika der Marktwirtschaft herausgearbeitet und dargelegt werden, warum bei aller Kritik der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen im Prinzip befürwortet und ökologisch gestaltet werden sollte.

Adam Smith, dem Begründer der modernen ökonomischen

Theorie, verdanken wir zwei entscheidende Einsichten über die Wirkungsweise einer Marktwirtschaft:

1. Sie basiert auf einer Vielzahl von freiwilligen Vereinbarungen zwischen Marktpartnern, die diese nur treffen werden, wenn sich jeder davon eine Verbesserung seiner Lage verspricht.
2. Dieses von eigenen Interessen geleitete und damit potentiell auch schädliche Verhalten der Individuen kann durch die Koordinationsfunktion des Marktes in gesellschaftlich nützliche Bahnen gelenkt werden (Smith spricht hierbei von der »unsichtbaren Hand« des Marktes).

Diese beiden zentralen Einsichten von Adam Smith sind in der Zwischenzeit von der modernen ökonomischen Theorie präzisiert worden. Unter bestimmten – sehr restriktiven – Bedingungen kann man zeigen, daß ein allgemeines Konkurrenzgleichgewicht einen Zustand gesellschaftlicher Wohlfahrt bedeutet, in dem es nicht mehr möglich ist, ein Mitglied der Gesellschaft besserzustellen, ohne nicht mindestens ein anderes schlechterzustellen.

Damit man nun nicht in den Fehler verfällt, aus dieser Wohlfahrtseigenschaft eines allgemeinen Konkurrenzgleichgewichts unmittelbar praktische Schlußfolgerungen über die Vorzüglichkeit einer real existierenden Marktwirtschaft zu ziehen, muß man sich die sehr einschränkenden Voraussetzungen dieses Satzes deutlich machen:

- Reale Marktsituationen entsprechen keineswegs den Bedingungen eines allgemeinen Konkurrenzgleichgewichts. Weder besteht auf allen Märkten ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, noch ist der Wettbewerb so vollständig und perfekt, wie dies in den volkswirtschaftlichen Lehrbüchern häufig unterstellt wird: Nicht viele, sondern oft nur sehr wenige – und dann marktbeherrschende – Anbieter sind auf zahlreichen heutigen Märkten typisch. Die in der Realität oft entscheidende Marktmacht ist im allgemeinen Konkurrenzgleichgewicht gerade ausgeschlossen.
- Um nun die Wohlfahrtseigenschaft des Konkurrenzgleichgewichts theoretisch aufzuzeigen, muß man noch

weitere einschränkende Voraussetzungen machen, von denen vor allem die vier folgenden in ökologischer Hinsicht problematisch sind:

1. Es wird eine rein statische Betrachtungsweise zugrunde gelegt; die – unbekannt – Märkte zukünftiger Perioden werden nicht erfaßt. Damit wird ein wichtiges, wenn nicht das zentrale Problem menschlicher Verantwortlichkeit – nämlich der heute lebenden Menschen gegenüber künftigen Generationen, die sich nicht schon heute an den Märkten (oder im politischen Prozeß) artikulieren können – ausgeblendet.
2. Alle wirtschaftlichen Effekte werden vollständig im Preissystem erfaßt, d.h. Haushalte, Unternehmen und Staat müssen für die Inanspruchnahme von Leistungen und die von ihnen verursachten Wirkungen auf Dritte voll bezahlen; in der Fachsprache der Ökonomen sagt man: Es gibt keine externen Effekte in Konsum und Produktion. Damit wird ein Großteil der ökologischen Problematik – nämlich der häufig stattfindende Naturverbrauch zu Null- oder Billigpreisen – zunächst einmal ausgeschlossen.
3. Die Volkswirtschaft produziert ausschließlich »private Güter«, d.h. der Konsum eines Gutes durch ein Individuum schließt jedes andere um genau dieselbe Gütermenge von der Nutzung aus. Dagegen sind viele »Umweltgüter«, wie etwa saubere Luft, sauberes Wasser usw., gerade nicht durch diese Rivalitätseigenschaft gekennzeichnet; oftmals handelt es sich bei ihnen um »öffentliche Güter« oder »Kollektivgüter«, die eine größere Anzahl von Menschen ohne individuelle Nutzeneinbuße gemeinsam in Anspruch nehmen können. Analog kann auch der Zustand der Umweltbelastung als ein gemeinsam von vielen heute lebenden Menschen hergestelltes »Kollektivübel« betrachtet werden, bei dem die Zurechnung der verursachten Schäden nicht (vollständig) über das Preissystem gelingt.
4. Es wird unterstellt, daß alle Dinge, auf die es ankommt, mit Preisen bewertet (monetarisiert) und frei gehandelt werden können. Damit werden nicht monetarisierbare

Güter wie die Schönheit einer Landschaft, aber auch alle nicht tauschförmigen Interaktionen zwischen Menschen – wie etwa Normen, Sitten, Gebräuche, positive oder negative Gefühle zueinander usw. – zunächst einmal aus der Betrachtung ausgeschlossen.

Schon diese abstrakten Überlegungen über die Wohlfahrtseigenschaften einer idealisierten Wettbewerbswirtschaft zeigen, daß eine rein marktwirtschaftliche Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft gerade im Hinblick auf die drängenden ökologischen Fragen nicht ausreichend ist. Gewiß, in vielen Fällen läßt sich das ökonomische Instrumentarium sinnvoll zur Erreichung ökologischer Ziele einsetzen; das gilt besonders für jene Fälle von Umweltbelastung und Naturzerstörung, die auf dem verschwenderischen Verbrauch von Umweltressourcen und Naturgütern zu Null- oder Niedrigpreisen beruhen. Hier führt eine volle Kostenanlastung beim jeweiligen Nutzer – etwa durch umwelt- und ressourcenbezogene Steuern und Abgaben – zu einer entscheidenden Verbesserung der Umweltsituation. In diese Richtung zielen auch die Vorschläge vieler Wirtschaftswissenschaftler, für die sich eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft in der Berechnung »korrekter« Marktpreise für Umwelt- und Naturverbrauch erschöpft. So richtig dieser Ansatz auch in vielen Fällen ist, er greift jedoch in verschiedener Hinsicht zu kurz:

- Nicht alle Güter lassen sich mit Preisen bewerten; gerade so zentrale Güter wie menschliches Leben, Überlebensfähigkeit der Menschheit, aber auch Artenvielfalt und die Schönheit einer unzerstörten Natur sind einer Bewertung über Marktpreise nicht zugänglich, obwohl sie für uns Menschen von zentraler Bedeutung sind und in diesem Sinne durchaus einen (nicht monetären) Wert besitzen. Sie stellen »einen Wert an sich« dar, der darauf beruht, daß solche Güter »einzigartig« sind und nicht durch andere ersetzt werden können; wir können und dürfen z. B. nicht das Leben eines Menschen gegen das eines anderen abwägen und austauschen.
- In vielen Fällen wollen wir wegen der damit verbundenen hohen Risiken und gravierenden Gesundheitsgefährdungen keine ökonomische Abwägung zulassen: Während es

durchaus sinnvoll sein kann, die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid mit Hilfe einer »Schwefelabgabe« zu verteuern und damit den Beteiligten Anreize zu geben, ihre Belastung zu senken, gebietet es das Prinzip der Gesundheitsvorsorge, auf ein derartiges Instrumentarium bei so gefährlichen Stoffen wie etwa Dioxin zu verzichten und statt dessen direkte Verbote auszusprechen, also keine ökonomischen Abwägungsmöglichkeiten zwischen mehr oder weniger (Dioxin-)Belastung mit Hilfe einer (Dioxin-)Abgabe zuzulassen.

- Auch bei denjenigen natürlichen Ressourcen, bei denen keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine preisliche Bewertung bestehen, gibt es meist erhebliche praktische Probleme, wenn man den »korrekten« Preis für die Nutzung solcher Güter und Leistungen bestimmen will. Hier hilft oft nur die bewußte politische Setzung von Umweltzielen (wie z. B. von CO₂-Emissionsminderungen um einen bestimmten Prozentsatz in einem bestimmten Zeitraum), zu deren Realisierung dann wieder ökonomische Instrumente, wie Steuern und Abgaben, eingesetzt werden können. Nur kehrt sich in diesen Fällen der übliche marktwirtschaftliche Prozeß gerade um: Es sind nicht mehr die Mengen, mit denen sich die Marktteilnehmer an die vorgegebenen Preise anpassen, sondern gerade umgekehrt die vorgegebenen Mengenziele, aus denen dann die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Preiskorrekturen bestimmt werden müssen.

Gerade wenn man die abstrakten Überlegungen über die Funktionsweise einer idealisierten Marktwirtschaft mit den sozialen und ökologischen Erfordernissen der realen Welt vergleicht, sieht man, daß die einfache Forderung »Mehr Markt« keine generelle Lösung der anstehenden ökologischen, aber auch sozialen und internationalen Probleme sein kann. Die Differenz zwischen abstraktem Modell und realer Welt muß vielmehr zum Anlaß genommen werden, durch die Setzung eines bewußten ökologischen Ordnungsrahmens und den Einsatz ökonomischer und außerökonomischer Instrumente notwendige ökologisch und sozial ausgerichtete Korrekturen vorzunehmen.

Dabei wird aber davon ausgegangen, daß das marktwirt-

schaftliche System konstitutive Elemente enthält, die gerade auch in ökologischer Hinsicht positiv sind und verstärkt werden müssen:

- Verglichen mit der untergegangenen Tonnenideologie der Planwirtschaft bedeuten die Effizienzvorteile bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen eine Schonung auch der natürlichen Ressourcen.
- Der Ansatz, daß in den Marktpreisen die Handlungsfolgen des Produktes widerspiegelt werden, daß es sich also in diesem Sinne um »gerechte« Preise handelt und ich mit dem Kauf niemanden übervorteile, muß so ausgebaut werden, in dem auch die ökologischen Folgen – und zwar hier wie in anderen Ländern – in die Preisberechnung mit einbezogen werden. Diese »kondensierte« Information über eine Zahl kann – auf Dauer – nicht durch zusätzliche verbale Informationen ersetzt oder korrigiert werden, weil dies das Aufnahmevermögen und die Aufnahmebereitschaft von Konsumenten überfordert.
- Der Wettbewerb des Marktes ist ein dynamischer Vorgang und erfordert Anpassungsvermögen und Experimentierbereitschaft – Eigenschaften, die in einer sich ständig ändernden Welt gerade und bei der Antwort auf ökologische Problemstellungen wichtig sind.
- Der Markt soll Machtkonzentration verhindern und den Austausch gleichberechtigter Partner am Markt sicherstellen, woraus sich die Forderung nach Vertragsfreiheit ergibt. Die Verteilung wirtschaftlicher Macht wiederum hat Auswirkungen auf die Chancen zur politischen Freiheit und Mitwirkung. Politische Freiheit und Mitwirkungsrechte ihrerseits sind elementar dafür, daß ökologische Probleme überhaupt erkannt, öffentlich diskutiert und politisch angegangen werden – auch dies zeigen die Länder des Ostens.
- Die Dezentralität des Marktes bedeutet, daß »nicht alle Eier in denselben Korb gelegt werden«. Über den Markt findet eine Aufsplitterung unvermeidlicher Risiken auf möglichst viele kleine, dezentrale »Versuche« statt, und damit lassen sich die Risiken kleiner und überschaubarer halten, als bei wenigen gefährlichen und weitreichenden

»Großversuchen«, wie sie nicht nur in zentral geplanten Wirtschaften des Ostens typisch sondern auch bei uns insbesondere in der Energiepolitik anzutreffen waren und überwiegend noch sind. Fehlerhafte Entscheidungen sind bei der Konstitution des Menschen und der Unsicherheit der Welt unvermeidlich, die strukturelle Fehlerfreundlichkeit des Marktes durch die Vielzahl dezentraler ökonomischer Entscheidungen reduziert die daraus folgenden Gefahren zumindest.

3. Ökologisch-soziale Marktwirtschaft und nachhaltige Wirtschaftsweise

Die Darstellung grundlegender Prinzipien der idealtypischen und der realisierten Marktwirtschaft hat eine Reihe wichtiger Vorzüge marktwirtschaftlicher Koordination ergeben; zugleich zeigten sich aber zumindest drei entscheidende ökologische Defizite:

1. Es wird einseitig der Strom der für den Markt produzierten Güter und deren Vermarktung betrachtet; weitgehend ausgeblendet bleiben die Fragen des Naturerhalts (Nutzung erschöpflicher Ressourcen, begrenzte Belastbarkeit von Boden, Luft und Wasser als Auffangmedien für Schadstoffe und Abfälle, die bei der Produktion und beim Konsum von Gütern und Dienstleistungen entstehen). Es wird also weder der Naturverbrauch bilanziert, der mit Produktion und Konsum verbunden ist, noch die Aufwendungen, die erforderlich sind, um dieses verbrauchte »Naturkapital« – wenn überhaupt möglich – wieder zu ersetzen.
2. Es wird nicht beachtet, daß dieser Prozeß laufender Produktion von Gütern durch Rückgriff auf die äußere Umwelt mit einer ständigen Entwertung von Materie und Energie (also einer von Menschen beschleunigten Zunahme von Entropie) einhergeht.
3. Nicht erfaßt werden alle Güter und Dienstleistungen, die nicht über Marktpreise oder – wie bei den staatlichen Leistungen – mit Hilfe der Kosten ihrer Erstellung bewertet werden. Dies betrifft sowohl viele Naturgüter –

wie die Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten oder die Schönheit einer Landschaft – als auch viele vom Menschen geschaffene Güter und Dienstleistungen, die nicht am Markt oder vom Staat erworben werden, aber einen unmittelbaren Nutzen bringen, wie etwa das Gemüse im eigenen Garten und alle häuslichen Dienstleistungen (Kindererziehung, Kochen, Waschen, Altenpflege, Heimwerkerarbeiten usw.).

Diese Defizite kennzeichnen auch das Bruttosozialprodukt, das eben nur die mit Marktpreisen oder mit den Kosten der staatlichen Leistungserstellung bewerteten Güter und Dienstleistungen enthält und auch den Naturverbrauch nicht – oder sogar mit falschem Vorzeichen, nämlich positiv als Sozialproduktsmehrung – erfaßt. Die Steigerung dieser fragwürdigen Meßgröße ist das vorrangige Ziel unseres Wirtschaftens und unserer offiziellen Wirtschaftspolitik. Trotz aller anerkannten Kritik an diesem Sozialproduktswachstum werden immer noch hohe Wachstumsraten als Erfolgswerten präsentiert.

Nicht zuletzt die befürchtete weltweite Klimakatastrophe – ganz überwiegend eine Folge des mit dem Sozialproduktswachstum einhergehenden steigenden oder auf hohem Niveau verharrenden Energieverbrauchs – hat deutlich gemacht, daß diese Wirtschaftsweise die Grundlagen von Natur und menschlichem Leben immer mehr untergräbt.

Als Reaktion auf offensichtliche Krisenerscheinungen hat sich innerhalb der Wirtschaftswissenschaften die Spezialdisziplin »Umweltökonomie« herausgebildet. Diese versucht, innerhalb der überkommenen theoretischen Prinzipien und Rahmenbedingungen das »Problem Umwelt« in der Weise zu berücksichtigen, daß eine Zurechnung ökologischer Folgeschäden oder langfristiger Knappheiten in das laufende Preissystem vorgenommen wird. Eine derartige ökologische Preisreform ist zwar wichtig, reicht aber für sich allein noch nicht aus. Es müssen grundsätzlichere und weiterreichende Fragen gestellt werden, Fragen nach dem Ziel des Wirtschaftens, nach den Grenzen des Wachstums und nach dem Verhältnis des Menschen zur Natur.

Die ökologische Dimension »Zukunftsfähigkeit« muß in die

Ordnungsbedingungen der Wirtschaft und in die praktische Wirtschaftspolitik aufgenommen werden. Heute ist deutlich geworden, daß wir bei Umweltbelastungen nicht nur an laufende Schadstoffemissionen, sondern an den Naturerhalt als solchen denken müssen. Wir müssen vor allem berücksichtigen, daß Umweltbelastungen unserer Größenordnungen eben nicht mehr von der Natur abgebaut werden können, sondern sich immer mehr akkumulieren. Nicht nur die Schadstoffbelastung von Rhein, Elbe und Oder ist wichtig, sondern auch die Akkumulation der Schadstoffe in der Nord- und Ostsee. Deshalb müssen heute zunächst für einige entscheidende Umweltbelastungen konkrete Reduktionspläne aufgestellt werden.

Erste Versuche einer ökologischen Grenzziehung in den siebziger und frühen achtziger Jahren hatten zum Ziel, dem Wirtschaftswachstum in einer Zeit ungebrochener Wachstumseuphorie erste Bremsen anzulegen. Dies zeigt sich in Begriffen wie »Grenzen des Wachstums«¹ oder »qualitatives Wachstum«². Damals stand die Erschöpfbarkeit der Energiequellen und anderer Ressourcen – und nicht die Schadstoffproblematik – im Vordergrund. Selbst heute noch ist es fast etwas Revolutionäres, in unserer Gesellschaft das Wachstum zu hinterfragen, denn Wachstum gilt vielen weiterhin als Bedingung für den Erhalt der Arbeitsplätze, die Wahrung sozialer Besitzstände und als Grundlage staatlicher Sozial- und Verteilungspolitik. Wie Umfragen zeigen, wird aber immer mehr Menschen deutlich, daß es heute ein politisch vorrangiges Ziel sein muß, die Zerstörung unserer Umwelt abzuwenden. Dies erfordert eine grundsätzliche Umorientierung: Wir stehen in einer »Begrenzungskrise«³, in der ein Ausgleich zwischen menschlichem Wirtschaften und natürlicher Umwelt gefunden werden muß und zugleich ein neuer sozialer Konsens. Die Verringerung der Produkti-

1 D. Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

2 H.Ch. Binswanger u. a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategie für eine neue Wirtschaftspolitik, Frankfurt/Main 1983 (rev. Auflage 1988).

3 K. Biedenkopf: Die ökologische Dimension der Wirtschaftsordnung, in: Politische Ökologie, Sonderheft 1: Nachhaltiges Wirtschaften, September 1990, S. 19 ff.

on umweltschädlicher Güter, auch wenn sie von einer Umstellung auf neue, weniger umweltbelastende Produkte und Dienstleistungen begleitet ist, kann zwar durchaus mit gleichbleibenden, aber auch abnehmenden Beschäftigtenzahlen einhergehen. Hinzu kommen bei einer ökologischen Wirtschafts- und Lebensweise der zahlenmäßig noch größere Umfang an unbezahlter Arbeit und deren Verteilung, die erheblichen Konfliktstoff in sich bergen. Bestehende soziale Fragen – denken wir nur an die Massenarbeitslosigkeit in vielen Industrieländern – werden sich bei der erforderlichen ökologischen Umorientierung erneut und verschärft stellen.

Die Wachstumskritik der siebziger und frühen achtziger Jahre⁴ ging von einem negativen Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und Umweltqualität aus. Der Grundgedanke des neueren Konzepts »sustainable development« oder »sustainable growth« (tragfähige, dauerhafte oder nachhaltige Entwicklung bzw. Wachstum) besteht in der Abstimmung (Synchronisation) von Umwelt- und Entwicklungsinteressen. Nach den Vorstellungen der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung⁵ soll vor allem im Hinblick auf die Entwicklungsländer der gegenwärtige Bedarf aller Menschen gedeckt werden, ohne daß damit künftigen Generationen die Möglichkeit genommen wird, ihre Bedürfnisse zu decken. Tragfähige Entwicklung bedeutet die »Konstanz des natürlichen Kapitalstocks«, d. h. einen Zustand, in dem es keine negativen Veränderungen im Bestand und in der Qualität der natürlichen Ressourcen – beim Boden, beim Grundwasser, bei der Wasser- und Land-Biomasse sowie bei der Assimilationskapazität der Umwelt für gasförmige, flüssige und feste Abfälle – gibt⁶. Durch eine Einbeziehung des Naturverbrauchs in das Preissystem und einen entsprechend sparsameren Umgang mit den natürlichen Ressourcen soll dieses Zusammengehen von wirt-

4 Vgl. D. Meadows u. a. (Anm. 1); Global 2000: Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt/Main 1980; H.Ch. Binswanger u. a. (Anm. 2).

5 Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht): *Unsere gemeinsame Zukunft*, hrsg. von Volker Hauff, Greven 1987.

6 R. Loske: *Wege zur Klimastabilisierung. Atmosphärenschatz als Herausforderung an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft*, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Köln 1990, S. 40.

schaftlicher Entwicklung und verbesserter Umweltqualität erreicht werden.

Das Konzept der »ökologischen Tragfähigkeit« oder »Nachhaltigkeit« stellt zweifellos einen Fortschritt gegenüber den traditionellen Vorstellungen eines ungezügelten Wachstums dar; auch die geforderte kostenmäßige Erfassung des Naturverbrauchs in unsere Rechnungs- und Bewertungssysteme ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es zeichnet sich aber schon die Gefahr ab, daß »sustainable development« zu einem Schlagwort verkommt, hinter dem der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Belastung kaschiert wird. Nimmt man dagegen das Kriterium der ökologischen Tragfähigkeit (Nachhaltigkeit) ernst, so wird man im stofflichen und energetischen Grundumsatz der Industriegesellschaft selbst das zentrale Problem des Wirtschaftens erkennen.

4. Gesellschaftspolitische Ziele und Verantwortung

Der weltweit erforderliche Übergang zu einer ökologischen Wirtschaft wird sich im Spannungsfeld zu den anderen großen gesellschaftspolitischen Zielen der Freiheit, Gerechtigkeit und des materiellen Wohlergehens vollziehen. Die Freiheitsrechte der Menschen – einschließlich der freien, aber auch sozial und ökologisch verpflichteten Verfügung über Eigentum und die daraus fließenden Erträge – sind für eine marktwirtschaftliche Ordnung grundlegend.

Darauf beruht die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, die sich in hoher Produktivität von Arbeit und Kapital und damit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen für die Bevölkerung zeigt. Allerdings führen Marktprozesse meist zu einer gesellschaftlich nicht akzeptablen Ungleichheit bei der Verteilung des Produktionsergebnisses. Der Staat hat daher eine Korrektur der marktmäßigen Verteilung (durch Steuern und Transferzahlungen) in der Weise vorzunehmen, daß einerseits die Leistungsanreize für die Beteiligten nicht zerstört werden und daß andererseits keine Armut entsteht. Hohe Leistungsfähigkeit (Effizienz) ist auch ökologisch bedeutsam, weil sie – bei sozial und ökologisch richtig gestalte-

ten Rahmenbedingungen – eine optimale Nutzung verfügbarer Ressourcen sichert.

Umweltschutz ist weit mehr als die nachträgliche Beseitigung eingetretener Umweltschäden; er verlangt zuerst und vor allem eine Änderung von Verhaltensweisen, die in einer weniger dicht besiedelten und industrialisierten Welt ohne gravierende ökologische Schäden möglich waren. Deswegen müssen bestimmte individuelle Freiheitsrechte vom Staat eingeschränkt werden, um den Schutz des Menschen und der Umwelt zu gewährleisten.

Angeichts der lokal und global bedrohlichen Umweltsituation müssen die bisherigen Grenzen der Freiheit, die Natur zu belasten, in Zukunft enger gezogen werden. Allerdings steht dieser Einschränkung individueller Freiheitsrechte auch ein Gewinn von Freiheit gegenüber, etwa die Wiedergewinnung der Freiheit, saubere Luft zu atmen und in klaren Gewässern zu baden. Der gleichwohl verbleibende Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Freiheit kann aber reduziert werden, wenn Gebote und Verbote auf ein Mindestmaß beschränkt und vorrangig ökonomische Instrumente – wie etwa die Verteuerung des Naturverbrauchs – eingesetzt werden, die dem Menschen mehr persönliche Entscheidungsfreiheit und Abwägungsmöglichkeiten einräumen⁷.

Das Problem einer gesellschaftlich akzeptablen, aber nicht zugleich leistungshemmenden Einkommensverteilung erhält nun eine neue Dimension (und eine neue Brisanz!), wenn auch der langfristige Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in die Betrachtung mit einbezogen wird: Es geht nicht nur um einen Ausgleich zwischen den Interessen der heute auf der Welt lebenden Menschen, sondern auch um die Lebenschancen künftiger Generationen (intertemporale Dimension).

Das hat unmittelbar praktische Folgen: Der Verzehr des Naturkapitals muß weitestgehend beendet werden, bei erneuerbaren Ressourcen dürfen nur noch die Erträge dieses

⁷ H.Ch. Binswanger/H.G. Nutzinger/A. Zahrnt: Umwelt(-)Steuern, BUNDargumente, Bonn 1990.

Kapitals genutzt und nicht erneuerbare dürfen nur noch äußerst sparsam eingesetzt werden. Dann, und nur dann, steht das Naturkapital auch morgen noch als Lebensgrundlage zur Verfügung. Selbst bei Umweltschäden, die in weit entfernten Regionen der Erde angerichtet werden (z. B. in den Tropenwäldern) und trotz der Entfernung auch uns treffen (Treibhauseffekt), stellt sich das internationale Umverteilungsproblem. Würde man z. B. bestimmte Verschmutzungsrechte als Teil der Menschenrechte ansehen, so würden die ca. 80 Mio. Deutschen daran einen Anteil von ca. 1,6 Prozent erhalten. Tatsächlich aber liegt z. B. unser CO₂-Ausstoß gegenwärtig bei 5 Prozent der Weltemissionen.

Berücksichtigt man aber die berechtigten Interessen der weniger industrialisierten Länder und die Ansprüche künftiger Generationen und mißt man der Natur jenseits ihres unmittelbar wirtschaftlichen Wertes ein Eigenrecht zu, so erhöhen sich naturgemäß die Ansprüche an unser heutiges Sozialprodukt, die zu befriedigen sind. Der Verteilungsspielraum schrumpft also, und deshalb wird sich Umverteilung nicht mehr relativ konfliktfrei auf die Einkommenszuwächse beschränken lassen, sondern sie wird auch in Besitzstände eingreifen müssen, d. h. die traditionell gemessenen Realeinkommen werden zumindest für einige Gruppen sinken.

Der sich hier abzeichnende Verteilungskonflikt läßt sich allerdings in mehrfacher Hinsicht abmildern: Zum einen muß in der gesamten Bevölkerung mehr als bisher das Bewußtsein dafür verbreitet werden, daß das traditionell gemessene Realeinkommen ein immer schlechterer Indikator individueller und gesellschaftlicher Wohlfahrt ist, gerade dann, wenn die Erwirtschaftung dieses Einkommens mit immer größeren Umweltschäden für heutige und für künftige Generationen einhergeht. Der Abbau von Umweltbelastungen trägt ebenso wie das Geldeinkommen zur Wohlfahrt der Bevölkerung bei, und daher kann ein stagnierendes oder sogar sinkendes Realeinkommen durchaus auch mit einer Verbesserung der Lebensqualität für die heute lebenden Menschen einhergehen.

Zum anderen geht es oft darum, durch umfassende ethische Bildung bei den heute lebenden Menschen die Einsicht zu

fördern, daß die dramatisch zunehmende Reichweite menschlicher Handlungen – gerade auch in eine uns unbekannte Zukunft hinein – das »Prinzip Verantwortung«⁸ zum entscheidenden Maßstab unserer Überlegungen machen muß: Gerade weil wir heute in der Lage sind, weitreichende, oft unbeabsichtigte und kaum vorhersehbare Handlungsfolgen für zukünftige Generationen auszulösen, die sich ihrerseits weder am Markt noch im politischen Prozeß artikulieren können, müssen wir heute in einem umfassenden gesellschaftlichen Diskurs aller Gruppen diesen notwendigen Ausgleich unserer Interessen mit denen unserer Kinder und Kindeskinde selbst vornehmen. Wir müssen uns dabei vor allem von dem naiven Glauben freimachen, daß der technische Fortschritt schon zum richtigen Zeitpunkt die jeweils anstehenden, immer mehr vom Menschen selbst verursachten Probleme lösen werde; denn bereits in der Vergangenheit hat technischer Fortschritt und sozialer Ausgleich oftmals zu einer Problemverschiebung, vor allem zu Lasten der Natur, geführt. Wir haben allzulange die Rechnung ohne den Wirt – die Natur – gemacht, und diese von uns ausgebeutete Natur präsentiert uns heute weltweit eine dramatische Rechnung, die unbezahlbar zu werden droht, wenn wir uns nicht heute zu einer bewußten ethischen Selbstbindung entscheiden.

8 H. Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt/Main 1979.